

# **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

Sitzungsort: Sozialraum des Bau- und Entsorgungsbetriebes  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:50 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Richard Janssen

ANWESENDE:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Richard Janssen -Vorsitzender-

Ratsherr Bernd Kalkkuhl

Ratsherr Richard Woldmer

### **CDU**

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Werner Vollprecht

### **FDP**

Beigeordneter Erich Bolinius als Vertreter für Ratsherrn Franz Melles

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Sven Domnik

Herr Friedrich Davids als Vertreter für Herrn Rolf Jürgens

# **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

## **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Jan Röttgers

Techn. Leiter Nils Andersson

Kaufm. Leiter Frank Rogga

Abt. Leiter Straßenbau Herbert Buß

Leiter Klärwerk Michael Duif

Protokollführerin Nantke Discus

## **Referenten**

Herr Meyer, Atus GmbH

Herr Hinrichs vom Planungsbüro Hinrichs

Zuhörer: 15

Vertreter der Presse: 2

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Janssen** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig sei.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Auf Wunsch verschiedener Ausschussmitglieder wird die Tagesordnung in folgender Reihenfolge abgehandelt:

TOP 1-4, TOP 12, TOP 7, TOP 5, TOP 8, TOP 9; TOP 6, TOP 10, TOP 11, TOP 13, TOP 14

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung wird wie oben dargestellt genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetriebes am 03.09.2003

**Herr Woldmer** macht darauf aufmerksam, dass seine Anfrage bezüglich der Straßengullies in Petkum in der Niederschrift nicht erwähnt sei.

**Herr Odinga** stellt fest, dass sich die Anfrage bezüglich des Brüggwegs in Wybelsum nicht nur auf den schlechten Straßenzustand der Brücke, sondern auf den schlechten Straßenzustand des gesamten Brüggwegs auf einer Länge von ca. 2,5 km bezieht.

**Beschluß:** Die Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetriebes am 03.09.2003 wird genehmigt

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen vom Publikum gestellt.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14-872  
Wirtschaftsplan 2004 des Bau- und Entsorgungsbetriebes

**Herr Rogga** weist darauf hin, dass die Stellenübersicht in detaillierter Fassung zu Beginn der Sitzung neu ausgeteilt worden sei. Damit sei die Übersicht an die Form des Stellenplans im Haushaltsplan angepasst.

Des Weiteren müsse im Plan 2004 des Vermögensplans vom Bereich Straßenreinigung unter dem Punkt Mittelherkunft die Summe aus Abschreibungen von Sachanlagen 45.300,00 € und die Summe der Aufnahme von Darlehen 77.980,00 € betragen.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan des Bau- und Entsorgungsbetriebes für das Jahr 2004.

**Ergebnis:** Verweisung an die Fraktionen

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

**Punkt : 6** Vorlage 14-873  
4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung

**Herr Rogga** teilt mit, dass bei der Behandlung des Grünschnitts durch organisatorische Änderungen finanzielle Einsparungen erzielt werden konnten, die nun an den Bürger weitergegeben werden sollten.

**Herr Kalkkuhl, Herr Odinga und Herr Domnik** äußern sich hierzu positiv.

**Beschluss:** Der Rat beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 4. Satzung zur Änderung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 7** Vorlage 14-874  
Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Emden

**Herr Meyer** von der Atus GmbH trägt anhand von Folien das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Emden vor. Schwerpunkt seines Vortrags bildet die Bewertung der Einführung eines Abfuhrsystems für Biomüll. Da ein solches System aus ökologischen und ökonomischen Gründen nicht sinnvoll sei, rate die Atus GmbH hiervon ab.

**Herr Kalkkuhl** stimmt diesen Aussagen zu.

**Herr E. Bolinius** erkundigt sich wie die Aussage, dass die sinkende Mengen an hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen nicht unbedingt auf starke Verwertungsbemühungen der Betriebe, sondern auf eine kostengünstigere Entsorgung zurückzuführen sei, zu verstehen sei. (siehe auch Abfallwirtschaftskonzept für die Stadt Emden, 10/03, S. 61)

**Herr Meyer** erklärt, dass Gewerbeabfall durch entsprechende Maßnahmen sehr leicht in Abfall zur Verwertung umgewidmet werden könne, ohne dass damit eine tatsächliche Verwertung erfolge. Dadurch gehe die Menge der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle zurück. Dies sei für die Unternehmen kostengünstiger.

**Herr Woldmer** erkundigt sich angesichts der rückläufigen Zahlen im Bereich der Abfuhr von Sperrmüll, ob dieser Müll vermehrt in der Umwelt entsorgt werde.

**Herr Meyer** verneint dies. Sperrmüll werde von den Bürgern vermehrt direkt in der Eichstraße angeliefert und die Bürger würden grundsätzlich mehr behalten.

**Herr E. Bolinius** fragt nach, was an der Aussage wahr wäre, dass es Städte mit einer einzigen Tonne für alle Müllsorten gäbe, die dann in einer Anlage maschinell sortiert würden.

**Herr Meyer** teilt mit, Meldungen über entsprechende Versuche seien nicht nachvollziehbar und bis dato habe noch niemand die praktische Umsetzung dieses Verfahrens bewiesen.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

**Herr Janssen** dankt Herrn Meyer für den Vortrag.

Beschluss: Das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Emden wird nach Berücksichtigung und Bewertung der Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN**

Punkt : 8 Vorlage 14-876  
Weitere Nutzung von drei Friedhöfen  
Antrag der FDP-Fraktion vom 09.10.03

**Herr E. Bolinius** erläutert, die Bürgerversammlung habe gezeigt, dass eine weitere Nutzung der drei Friedhöfe von den Bürgern gewollt sei. Aus diesem Grunde solle die Urnenbestattung auf den Friedhöfen Neue Kirche, Große Kirche und Bolardusfriedhof für Nutzungsberechtigte wieder ermöglicht werden. Die Verträge mit der evangelisch-reformierten Gemeinde und die Friedhofsordnung sollten dementsprechend geändert werden.

**Herr Röttgers** teilt mit, dass Sargbestattungen auf den drei Friedhöfen nicht möglich seien. Die Verwaltung sei aber bereits dabei ein Konzept zu erarbeiten, um die Urnenbestattung auf den Friedhöfen zu ermöglichen. So müsse zum Beispiel ein Wegeraster für jeden Friedhof entwickelt werden.

Er erklärt weiter, dass die Urnenbeisetzung nicht nur für Personen mit bestehenden Nutzungsrechten, sondern auch die Möglichkeit des Erwerbs neuer Nutzungsrechte für die Bürger angeboten werden solle. Inwieweit diese Maßnahme die Änderung der Friedhofssatzung erfordere und sich auf die Gebühren auswirke werde ebenfalls von der Verwaltung geprüft.

Bezüglich der Sargbeisetzung auf dem Bolardusfriedhof weist Herr Röttgers darauf hin, dass es in Bezug auf die Grundwasserproblematik keine langfristige Beobachtung gäbe. Die Möglichkeit des Einbaus einer Drainage werde aber überprüft.

Auf dieser Grundlage hätten Vertreter der evangelisch-reformierten Kirche infolge einer Kirchenratssitzung bereits Gesprächsbereitschaft und konstruktive Mitarbeit zugesichert.

**Herr Andersson** weist darauf hin, dass die evangelisch-reformierte Kirche für die Verhandlungsführung mit der Stadt Emden eine Gruppe gebildet habe, mit der unverzüglich nach der Sitzung weiter verhandelt werde.

**Herr Odinga** erwähnt bei der Sitzung am 04.12.2002 sei bereits durch die Stadt Emden signalisiert worden, dass die Urnenbestattung eventuell wieder ermöglicht werden solle. Er erkundigt sich weiter, ob die Beisetzung auch auf Familiengräbern oder nur auf ausgewiesenen Parzellen ermöglicht werden soll.

**Herr Röttgers** erklärt, dass die Urnenbeisetzung unter Berücksichtigung des geplanten Wegenetz auch auf Familiengräbern ermöglicht werden solle.

**Herr Andersson** ergänzt, dass Nutzungsrechte aber auch für neue Urnengrabstätten vergeben werden sollten.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

**Herr E. Bolinius** erkundigt sich, ob die voraussichtlichen Kosten in Höhe von 400.000,00 Euro für eine Drainage auf dem Bolardusfriedhof langfristig auf die Gebühren verteilt werden könnten.

**Herr Andersson** sagt zu, dass die kurzfristigen anfallenden Kosten der Drainage und die Auswirkung auf die Gebühren in einer der nächsten Sitzungen dargestellt werden.

**Herr E. Bolinius** weißt in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eventuell versucht werden könnte, Sponsoren für diese Maßnahme zu gewinnen.

Er beantragt, die Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage umzuwandeln.

**Herr Röttgers** macht deutlich, dass für den Bolardusfriedhof keine Sargbestattung beschlossen werden und dieser Punkt folglich nicht in den Beschlusssentwurf übernommen werden könne.

**Herr E. Bolinius** beantragt darauf hin, die Mitteilungsvorlage bezüglich der Urnenbestattung in eine Beschlussvorlage umzuwandeln. Bezüglich der Sargbestattung auf dem Bolardusfriedhof zieht er seine Anfrage zurück.

Beschluss: Die Mitteilungsvorlage wird einstimmig in eine Beschlussvorlage umgewandelt.

Die Urnenbestattung soll auf den o.g. Friedhöfen wieder ermöglicht werden.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 9** Vorlage 14-893  
Bildung eines Arbeitskreises bzw. Prüfung der zukünftigen Nutzung von drei Emdener Friedhöfen  
hier: Antrag des Fraktionsvorsitzenden Erich E. Bolinius, FDP, vom 09.10.2003

**Herr E. Bolinius** erläutert seinen Antrag.

**Herr Röttgers** erklärt, dass es sich bei den Friedhöfen um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle, für das der Oberbürgermeister zuständig sei. Er werde die Planungen für die weitere Nutzung der drei Friedhöfe entwickeln, die mit der evangelisch-reformierten Kirche abzustimmenden Vertragsänderungen ausarbeiten und die zu ändernden Satzungen und Verordnungen den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorlegen.

Die Verwaltung könne sich von daher nicht als Mitglied eines solchen Arbeitskreises sehen. Sie könne jedoch auf Anfrage Bericht erstatten.

**Herr E. Bolinius** erklärt, wenn der Rat über die Bildung eines Arbeitskreises positiv entscheide, habe die Verwaltung sich an diesen Beschluss zu halten.

**Herr Woldmer** und **Herr Odinga** teilen mit, dass die Einrichtung eines solchen Arbeitskreises aus ihrer Sicht auch im Interesse der Verwaltung sei.

**Herr Kalkkuhl** wirft der Verwaltung vor, sie reagiere bezüglich der Wiederbelebung der Friedhöfe nur auf den Druck, der auf sie ausgeübt werde und die Verwaltung wolle lieber im Stillen arbeiten.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

**Herr Röttgers** macht deutlich, dass bis dato lediglich Erdbeisetzungen diskutiert worden seien, die auf den Friedhöfen aber zur Zeit nicht möglich seien. Da die Anzahl der Urnenbestattungen aber in den letzten Jahren zugenommen habe, solle nun die Urnenbestattung auf den drei Friedhöfen ermöglicht werden.

Er weißt erneut darauf hin, dass die Einrichtung eines Arbeitskreises aus seiner Sicht überflüssig sei, da der Werksausschuss für diese Aufgabe ausreichend sei. Es sei bereits klar, dass die Friedhöfe für Urnenbestattungen wieder genutzt werden sollten, nun müsste lediglich die Planung und die Umsetzung erfolgen.

**Herr E. Bolinius** beantragt die Umwandlung der Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage.

Ergebnis: einstimmig

Über die Bildung eines Arbeitskreis wird abgestimmt.

Beschluss: Der Werksausschuss Bau- und Entsorgungsbetrieb bildet einen Arbeitskreis Friedhöfe

Ergebnis: einstimmig

### **Anmerkung der Protokollführerin**

Auf Nachfrage hat der Fachdienst 210 die Bildung eines Arbeitskreises durch den Werksausschuss Bau- und Entsorgungsbetrieb wie folgt rechtlich beurteilt:

### **Betr.: Bildung eines Arbeitskreises bezgl. Prüfung der zukünftigen Nutzung von drei Emdener Friedhöfen; Antrag der FDP-Fraktion vom 09.10.2003**

Der o.a. Antrag wurde als Mitteilungsvorlage in den Werksausschuss des Bau- und Entsorgungsbetriebes am 28.10.2003 eingebracht und auf Antrag des Beigeordneten Erich Bolinius in eine Beschlussvorlage umgewandelt (einstimmig). Sodann wurde vom Werksausschuss beschlossen (einstimmig) einen Arbeitskreis zu bilden, wobei auch die Zusammensetzung des Arbeitskreises bereits enthalten ist.

Dieser Beschluss kann nur als Vorbereitung für den Rat angesehen werden, da die Entscheidung über die Bildung von Sachverständigengremien (Arbeitskreise) und über deren Einbindung in den Beratungsgang in die Richtlinienkompetenz des Rates fällt (§ 40 Abs. 1 Nr. 1 NGO), wobei bei der Bildung und dem Verfahren dann die §§ 51 und 52 NGO zu beachten sind.

Hier stellt sich die Frage, ob ein solcher Unterausschuss überhaupt zulässig bzw. notwendig ist.

Die zukünftige Nutzung von Friedhöfen wird im Rahmen von Satzungen bzw. Gebührenordnungen vom Rat gem. § 40 Abs. 1 Nr. 4 NGO entschieden. Die Vorbereitung dieser Beschlüsse obliegt gem. § 62 Abs. 1 NGO dem Oberbürgermeister. Er soll dabei die Ausschüsse des Rates beteiligen. Gem. Geschäftsordnung des Rates ist für diese Vorbereitung die Beteiligung des Werksausschusses des Bau- und Entsorgungsbetriebes vorgesehen. Somit würde die Bildung eines solchen Arbeitskreises vorrangig der Unterstützung des Werksausschusses des Bau- und Entsorgungsbetriebes dienen. Die Tätigkeit des Arbeitskreises darf allerdings nicht an die Stelle der Ausschussarbeit treten oder gar die Beratungen des Ausschusses ersetzen.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

Ob ein solcher Arbeitskreis notwendig ist, wird von der Verwaltung bezweifelt, da der Werksausschuss Bau- und Entsorgungsbetrieb für die Vorbereitung solcher Entscheidungen als ausreichend angesehen wird. Sollte eine Mehrheit des Rates anderer Auffassung sein, kommt die zusätzliche Bildung eines o.a. Arbeitskreises als Unterausschuss nur gem. § 51 durch den Rat in Betracht, der Werksausschuss Bau- und Entsorgungsbetrieb hat als unselbständiger Ratsausschuss keine eigenen Organisationsbefugnisse und daher nicht die Möglichkeit seinerseits offizielle Untergremien zu bilden.

Emden, 29.10.2003  
FD 210

### ANFRAGEN VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

**Punkt : 10** Vorlage 14-878  
Sachstand der DSD-Ausschreibung;  
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.03

**Herr Andersson** erläutert, dass der BEE zusammen mit der Firma Cleanaway aufgrund der Ausschreibung durch das DSD ein Angebot für die Sammlung und Sortierung von Leichtverpackungen abgegeben habe. Hierbei trete die Firma Cleanaway als Hauptunternehmer und die Stadt Emden als Subunternehmer auf. Nachdem das Bundeskartellamt die Ausschreibung zunächst aufgehoben habe, sei dem DSD kürzlich die Erlaubnis erteilt worden, in 25% der betroffenen Gebiete Nachverhandlungen durchzuführen. Zu den hiervon betroffenen Gebieten gehöre auch Emden. Im Zuge der Nachverhandlungen habe der BEE 7 % Preisnachlass auf das Angebot geben müssen. Mit Schreiben vom 24.10.03 hätten der BEE und die Firma Cleanaway daraufhin den Zuschlag für die Sammlung und die Sortierung von Leichtverpackungen für drei weitere Jahre erhalten.

Durch die Optimierung der Touren und Einsparungen auf anderen Gebieten bräuchte eine Erhöhung der Müllgebühren nicht zu erfolgen.

Im Bereich „Glas“ wurde die Ausschreibung aufgehoben.

**Herr Domnik** äußert Bedenken bezüglich der Zusammenarbeit mit der Firma Cleanaway. Auf lange Sicht gesehen könne diese Firma die Sammlung und Sortierung der Leichtverpackungen günstiger als die Stadt Emden anbieten und die Arbeitsplätze in diesem Bereich seien so langfristig gefährdet.

**Herr Andersson** widerspricht dieser Auffassung. Er betont, dass es dem BEE gelungen sei, die den Zuschlag für die ausgeschriebenen Arbeiten zu erhalten und somit die Arbeitsplätze in diesem Bereich zu erhalten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 11** Vorlage 14-880  
Sanierung Osterstraße  
Anfrage der FDP-Fraktion vom 30.06.03

**Herr E. Bolinius** teilt mit, dass seine Anfrage durch das Schreiben von Herrn Andersson an die Bewohner der Osterstraße ausreichend beantwortet sei. Er wolle aber wissen, an welcher Stelle der Prioritätenliste der Stadt Emden die Osterstraße stehe.



## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

**Herr Buß** erklärt die Osterstraße sei dringend sanierungsbedürftig und stehe damit in der Prioritätenliste mit an oberster Stelle.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Brückstraße in diesem Jahr saniert worden sei und die Bollwerkstraße im nächsten Jahr saniert werde. In den letzten Jahren seien insgesamt 25 Straße auf einer Länge von ungefähr 5,5 km saniert worden. Hierfür seien Mittel im Wert von 6,5 Mio. Euro verwendet worden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 12** Vorlage 14-881  
Sicherung und Rekultivierung der Deponie Normannenstraße  
- Genehmigungsplanung-

**Herr Hinrichs** vom Planungsbüro Hinrichs erläutert anhand von Folien verschiedene Oberflächenabdichtungssysteme für die Deponie und die damit verbundenen Kosten.

**Herr E. Bolinius** erkundigt sich, in welcher Höhe bereits Mittel für die Rekultivierung der Deponie zur Verfügung stünden und ob eine Finanzierung über die Müllgebühren erfolge.

**Herr Andersson** teilt mit, dass voraussichtlich circa 3,3 Mio. Euro bis zum Haushaltsjahr 2005 für die Maßnahme zur Verfügung stünden. Die weitere Finanzierung müsse über den Abfallhaushalt erfolgen. Allerdings würden die Investitionskosten nicht in einer Summe, sondern über einen Zeitraum von circa drei Jahren anfallen.

**Herr Rogga** weist darauf hin, dass der Eigenbetrieb verschiedene Finanzierungsmodelle mit Blick auf die Entwicklung der Abfallgebühren durchrechne.

**Herr Odinga** fragt nach, was mit den Sportanlagen des Rasensportvereins passieren würde und woher die Materialien für die Abdichtung kämen.

**Herr Hinrichs** erklärt der Sportplatz werde wieder hergestellt. Die verwendeten Materialien kämen teilweise aus der hiesigen Region und teilweise aus Süddeutschland.

**Herr Andersson** macht darauf aufmerksam, dass auch der Nebenbereich der Deponie in die Planungen einbezogen worden sei, da er auch abgedichtet werden müsse. Dieser Bereich sei bei früheren Überlegungen nicht berücksichtigt worden. Des weiteren träte eine erhebliche Menge an Methan aus der Deponie aus. Auch dieser Gasaustritt ist sei erst jetzt in der Planung berücksichtigt worden. Aus diesen Gründen seien die Kosten für die Rekultivierung höher als zunächst erwartet.

**Herr Domnik** erkundigt sich wie hoch die Folgekosten der vorgestellten Maßnahmen seien.

**Herr Hinrichs** erklärt, Folgekosten würden bei allen vorgestellten Maßnahmen ungefähr in gleicher Höhe anfallen. Insbesondere die Grundwasserqualität und der Gasaustritt aus der Deponie müssten über einen langen Zeitraum überwacht werden.

**Herr Röttgers** macht darauf aufmerksam, dass es eventuell auch die Möglichkeit gäbe, Zuschüsse für die Rekultivierung zu erhalten, indem eine Gestaltung unter Einbeziehung des Gartenlandschaftsbaus erfolge.

**Herr Kalkkuhl** möchte wissen, ob das aus der Deponie austretende Gas genutzt werden könne.

## **Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Bau- und Entsorgungsbetrieb am 28.10.2003**

**Herr Hinrichs** erklärt, eine Nutzung sei nur bei einer bestimmten Gasqualität möglich. Da das hier austretende Gas nicht von dieser erforderlichen Qualität sei, komme eine Nutzung voraussichtlich nicht in Betracht.

**Herr Andersson** hält fest, dass eine Genehmigungsplanung für die Sicherung mit Kunststoffdichtungsbahnen bei der Bezirksregierung eingereicht werde.

**Herr Odinga** wirft die Frage auf, ob das Methan auch in den Boden oder das angrenzende Gewässer entweichen könne.

**Herr Hinrichs** teilt mit, dass das Gas stellenweise in den Boden gelangen könne, das Gewässer wirke aber als Gassperre.

**Herr Janssen** bedankt sich bei Herrn Hinrichs für den Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### **Punkt : 13** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Röttgers** verliest das Schreiben eines Bürgers, in dem der Zustand der sanierten Professor-Ritter-Straße gelobt wird.

### **Punkt : 14** Anfragen

**Herr Woldmer** macht darauf aufmerksam, dass die Bushaltestelle am Rathaus stellenweise sehr stark versackt sei. Da es sich bei dieser Haltestelle auch ein Stück weit um ein Aushängeschild der Stadt handle, solle dies geändert werden. Zusätzlich bestehe das Problem auch an vielen anderen Bushaltestellen.

**Herr Röttgers** erklärt, dass es aufgrund der Bodenverhältnisse und da der Bus immer in der gleichen Spur fahre, wieder an dieser Stelle zu Versackungen kommen könne.

**Herr Buß** teilt mit, dass eine Sanierung dieses Bereiches sehr aufwendig sei und eine Erneuerung der Pflasterung aufgrund der o.g. Probleme in regelmäßigen Abständen wieder erfolgen müsse. Es werde aber geprüft, ob der Gehweg bei einer Sanierung mit eingeplant werden könne.

**Herr E. Bolinius** teilt mit, dass der Eiskeweg auf einer Länge von 50 Metern sehr starke Versackungen aufweise und die Pflastersteine teilweise bis zu 10 cm auseinander liegen würden. Er fordert die Reparatur oder Sperrung dieser Stellen.

**Herr Buß** sagt zu, er werde sich darum kümmern.

**Herr Odinga** weist darauf hin, dass in der Tyskwehrstraße im Neubaugebiet Wybelsum am Gulli drei bis vier Steine versackt seien und diese eventuell aufgrund der Gewährleistung durch die entsprechende Baufirma wieder repariert werden könnten.